

---

Heinz O. Vetter

---

## **Im Geist von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität**

Rede auf dem 4. Außerordentlichen Bundeskongreß  
des DGB, 12. -14.3.1981 in Düsseldorf

---

### I.

Dieser Kongreß hat eine Bedeutung, die weit über den Tag hinausweist. Ihr, die Delegierten dieses Kongresses, berätet und beschließt das neue Grundsatzprogramm, das für eine überschaubare Zukunft Bestand haben und für die künftige gewerkschaftliche Politik Maßstab sein soll. Wir brauchen unser Licht nicht unter den Scheffel zu stellen: Mehr als ein Jahr haben wir den Entwurf des Bundesvorstandes diskutiert. Ich finde, das kann sich sehen lassen. Andere, die unseren Entwurf wieder einmal als einen Schritt in den Gewerkschaftsstaat gegeißelt haben, sollten sich ruhig einmal einem solchen Diskussionsprozeß stellen! Unsere Programmdiskussion hat viel Begleitmusik in der Öffentlichkeit, in der Presse, von Seiten der Kirchen gefunden. Da waren neben zustimmenden und unterstützenden auch sehr viele kritische Töne und Untertöne zu hören. Weil wir genau wissen, daß wir weder unfehlbar noch perfekt sind, können wir das gut verkraften. Und wenn erkennbar war, daß diese Kritik auf eine Verbesserung von Inhalt und Text zielte, ist sie bei uns auch nicht auf taube Ohren gestoßen. In höchstem Maß unseriös, wenn nicht gar manipulativ ist es aber, wenn einige glauben, unmittelbar vor dem Kongreß mit offenen Briefen oder halbweisen oder unwahren Veröffentlichungen in obskuren Richtungsblättern unseren Willensbildungsprozeß beeinflussen zu können. Ich sage es vor diesem Kongreß ganz klar: Diese miesen Versuche werden uns nicht beeindrucken ! Unsere Willensbildung stützt sich auf den Entwurf des Bundesvorstandes,

auf die Anträge, die ordnungsgemäß gestellt wurden, und auf die Empfehlungen der Antragsberatungskommission, die - so konnte ich beobachten - eine sehr solide Arbeit geleistet hat. Sie hat alle Anträge mit dem gleichen Ernst gewürdigt, fair und konstruktiv zusammengearbeitet und völlig unabhängig entschieden. Auf diese Vorarbeit stützen wir uns - auf sonst nichts!

Die neunmalklugen Köpfe aller Richtungen, die unsere Formulierungen wahlweise als abgestanden umstürzlerisch oder lahm reformistisch abtun, möchte ich ermuntern, uns bald einmal das weitsichtige Programmwerk vorzulegen, das sie offenbar in ihrem Kopf haben. Ich ahne schon, daß es dabei eher um einen neuen Aufguß des Kommunistischen Manifests oder ein spätes Konzept des liberalistischen Nachwächterstaates geht, als um eine realistische Zukunftsperspektive. Wir erheben nicht den Anspruch, mit diesem Programm die Zauberformel für das nächste Jahrhundert gefunden zu haben. Aber wir sind überzeugt, daß der Weg dorthin sicherer und leichter wird, wenn wir die Forderungen dieses Programms verwirklichen. Es wundert uns natürlich nicht, eher befriedigt es schon, wenn insbesondere die Arbeitgeber da ganz anderer Meinung sind. Von ihnen und ihren publizistischen Helfern kamen ja die schrillsten Töne zu unserem Programmentwurf. Da wird uns zum Beispiel in einem pseudowissenschaftlichen Kauderwelsch vorgeworfen, das Programm enthalte marxistische, wirtschaftsdemokratische, keynesianistische und wohlfahrtstaatliche Vorstellungen. Ich würde sagen: ganz gut erkannt. Denn wir stützen uns auf den freiheitlichen Sozialismus, auf die Soziallehren der Kirchen, auf den sozialen Liberalismus und die Väter des Grundgesetzes — um auch nur die wichtigsten Quellen zu nennen. Zu diesem reichen geistigen programmatischen Fundament bekennen wir uns. Wir sind auch gespannt zu erfahren, aus welchen Quellen die Arbeitgeber denn ihre programmatischen Vorstellungen schöpfen. Hoffentlich nicht nur aus dem Alten Testament des „Auge um Auge, Zahn um Zahn“, dem Manchester-Liberalismus, aus Macchiavelli oder Darwin. Es ist jedenfalls eine Ungeheuerlichkeit, die Programmatik des Deutschen Gewerkschaftsbundes in das Zwielflicht der Verfassungsfeindlichkeit zu rücken - wie es die Arbeitgeberseite bewußt getan hat. Das ist keine Grundlage für die Beziehungen zwischen uns. Ähnliche Auseinandersetzungen, ähnliche Vorwürfe haben schon immer die gewerkschaftliche Programmarbeit begleitet. Davon lassen wir uns nicht irre machen oder gar ablenken!

Seit unserem letzten Programmkongreß sind fast 18 Jahre vergangen. Das ist keine so lange Zeit. Aber wie anders sieht heute die Welt aus. Rufen wir uns einmal das Jahr 1963 in die Erinnerung: Als wir damals, am 22. November 1963, aus dieser Halle von den Beratungen über das Grundsatzprogramm nach Hause kamen, erfuhren wir aus Rundfunk und Fernsehen von der Ermordung John F. Kennedys. Er hatte in diesem seinem Todesjahr die Bundesrepublik besucht und zum Kongreß der Gewerkschaft Bau-Steine-Erden in Berlin gesprochen. Konrad Adenauer, seit 1949 Bundeskanzler, trat zurück, machte Platz für Ludwig Erhard. Im gleichen Jahr

starben mit dem ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss und dem SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer zwei bedeutende Persönlichkeiten der deutschen Politik. Bereits 1962 war Ludwig Rosenberg Nachfolger von Willi Richter als Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes geworden. Auf unserem Bundeskongreß zogen wir eine Bilanz der Nachkriegsentwicklung und überprüften die Substanz unserer Ziele und die Haltbarkeit unserer Forderungen - wie es sich allenthalben auch in dieser Zeit in der deutschen Politik vollzog. Mit dem Bau der Berliner Mauer und der Konfrontation der Großmächte in der Kuba-Krise wurden noch einmal die großen außenpolitischen Konflikte der Nachkriegszeit verdeutlicht: die Teilung der Welt, die Abgrenzung der Interessensphären, am schmerzlichsten vollzogen in der Teilung Deutschlands.

In unserem Grundsatzprogramm forderten wir die Wiedervereinigung Deutschlands als die Voraussetzung für eine friedliche Ordnung in Europa. Aber das Provisorium hat sich als dauerhaft erwiesen: Die Bundesrepublik war inzwischen fest in die westliche Staatenwelt integriert und in ihre internationalen Verträge einbezogen. Wir stellten fest, daß die Entwicklung in der Bundesrepublik zu einer Wiederherstellung alter Besitz- und Machtverhältnisse geführt habe. Die Arbeitnehmer seien nach wie vor von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen. Die Dynamik des wirtschaftlichen Aufbaus und der nicht wegzudiskutierende Anteil der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften an dieser Leistung hatte uns aber auch hohe Wachstumsraten, Vollbeschäftigung und Arbeitszeitverkürzungen gebracht. Diese Entwicklung hatte damals dazu geführt, daß viele Arbeitnehmer von einer stetigen Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen ausgingen. Das Düsseldorfer Programm war — natürlich — ein Produkt seiner Zeit! Es hielt an grundsätzlichen Zielen und prinzipiellen Forderungen der Gewerkschaftsbewegung fest. Es war aber in dem Sinne pragmatisch, als es auf die Formulierung eines geschlossenen Gegenentwurfs zur bestehenden Gesellschaftsordnung verzichtete. Es konnte und es kann auch nicht mehr sein, denn die breite Übereinstimmung der beiden großen Parteien in der unmittelbaren Nachkriegszeit, eine radikale Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft durchzusetzen, hielt doch nur kurze Zeit. In einer Einheitsgewerkschaft, in der Arbeitnehmer unterschiedlicher politischer Überzeugung oder Bindung zusammenwirken, kann man nur eine Übereinstimmung in den grundsätzlichen Forderungen zur Verbesserung der Situation der Arbeitnehmer erzielen, aber keine Einheit in der Vorstellung über einen Endzustand unserer Gesellschaft. Wir tragen Verantwortung für die uns überschaubare Zukunft. Die zukünftigen Generationen jedoch dürfen wir nicht einbetonieren!

Wenn man diesen Gedankengang auf die gegenwärtige Situation anwendet, dann ist die *Mitbestimmung* dafür ein gutes Beispiel: Sie soll nach unserer gemeinsamen Überzeugung eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einleiten, die die Arbeitnehmer an den wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen gleichberechtigt beteiligt - so unsere Präambel. Wir betrachten die Mitbestimmung als

Mittel zum Zweck, als Mittel zur Kontrolle wirtschaftlicher Macht, und wir sehen in der Mitbestimmung zugleich einen Selbstzweck, ein grundsätzliches Ziel, mit dem wir das Maß an Selbstbestimmung der Arbeitnehmer verwirklichen wollen, das durchsetzbar und das vernünftig ist. Es ist für uns keine Frage, daß eine wirksame Mitbestimmung der Arbeitnehmer auf allen Ebenen ein zentrales Element der Gesellschaftsordnung ist, wir wir sie wollen. Wie es dann weitergeht — diese Frage können und müssen wir heute nicht entscheiden, das wird die Gewerkschaftsbewegung dann zu entscheiden haben, wenn wir die Mitbestimmung durchgesetzt haben und wissen, welchen Beitrag sie zur Herstellung der Gleichberechtigung der Arbeitnehmer in unserer Gesellschaft leistet. Viele Forderungen aus unserem Grundsatzzprogramm von 1963 haben wir durchgesetzt — in der sozialen Sicherheit, im Arbeitsrecht, im Bildungssystem. Wir wissen natürlich, daß die Reformpolitik durch den wirtschaftlichen Aufschwung begünstigt wurde. Trotz drei Jahren Großer Koalition und trotz mittlerweile über 11 Jahren Sozialliberaler Koalition in Bonn konnten wir aber wesentliche Forderungen bisher nicht durchsetzen. Jedoch ihre unbestrittene historische Leistung haben die sozialliberalen Bundesregierungen mit ihrem Beitrag zur Entspannung zwischen Ost und West erbracht. Und die jüngste Entwicklung der internationalen Politik — von Afghanistan über die Rüstungspolitik bis zu Polen — zeigt, daß sich dieser Beitrag nicht mit dem Abschluß von Verträgen erledigt hat, sondern eine ständige Aufgabe bleibt. Aber die wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitische Gemeinsamkeiten der Koalitionspartner sind offensichtlich kleiner geworden. Es gibt noch immer keine erfolgversprechenden Ansätze für eine vorausschauende Strukturpolitik, die ja ein wichtiges Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist. Reformprojekte in der Sozial- und Bildungspolitik liegen auf Eis. Von der Durchsetzung unserer Mitbestimmungsvorstellungen sind wir weiter entfernt denn je. Und dies in einer Zeit, in der sich der Horizont verdunkelt hat:

- Die Zeiten problemlosen wirtschaftlichen Wachstums sind vorbei.
- Der eisige Wind der Rationalisierung fegt über den Arbeitsmarkt.
- Seit Jahren liegt die Zahl der Arbeitslosen bei einer Million; Prognosen sagen uns eine rasche Zunahme voraus.
- Das Netz der sozialen Sicherheit droht an einigen Stellen brüchig zu werden.
- Die Energieversorgung ist keineswegs zukunftssicher.
- Die Kluft zwischen armen und reichen Ländern, zwischen Nord und Süd öffnet sich bedrohlich weiter.
- Die Arbeitgeber und ihre politischen Freunde haben zur Offensive auf Gewerkschafts- und Arbeitnehmerrechte geblasen.
- Konservative Beschränkung macht sich allenthalben breit.

Das ist ein düsteres Bild, aber Ihr wißt selbst am besten, daß die Wirklichkeit nicht heller ist. Bringen wir Licht in die Zukunft! Laßt es mich wie ein Bergmann sagen: Inspizieren wir die Lampenstube, putzen wir das Geleucht. Vieles taugt noch, einiges muß blank gemacht werden, manches ganz erneuert werden.

Bei aller Notwendigkeit zur programmatischen Neubesinnung: Unseren Prinzipien, unseren Idealen bleiben wir treu! Die Ideale der Französischen Revolution: Liberte, Egalite, Fraternite - Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit - haben als umfassende Menschheitsvorstellungen den Geist, das Selbstbewußtsein und den Kampfeswillen auch der Arbeiterbewegung entscheidend mitgeprägt. In diesem Bewußtsein bekennen wir uns auch heute stolz und ungebrochen zu diesen Idealen! Die Grundwerte des menschlichen Zusammenlebens - Freiheit und Selbstbestimmung, Gleichberechtigung und Chancengleichheit, Solidarität, die die Würde des Menschen ausmachen, sind seit jeher Ausgangspunkt und Zielbestimmung gewerkschaftlichen Handelns. Mit diesen großen Begriffen, die in der humanistischen und aufklärerischen Tradition des europäischen Denkens wurzeln, wird im heutigen Sprachgebrauch mitunter Schindluder getrieben. Von Politreklame und Zigarettenwerbung werden sie verschlissen. Wenn wir dennoch an diesen Begriffen festhalten, dann deswegen, weil wir aus ihnen das Recht auf Arbeit, den Anspruch auf soziale Sicherheit, das Recht auf Bildung und die Forderung nach Mitbestimmung ableiten; dann deswegen, weil unsere konkrete Politik, über deren Richtigkeit wir im einzelnen streiten mögen, eines gemeinsamen Maßstabes bedarf, der unter uns ganz unstrittig ist.

*Freiheit* verstehen wir als Selbstbestimmung verantwortlicher Menschen — im Rahmen und in den Grenzen, die die Achtung der Freiheitsrechte anderer Menschen setzt. Dieses Freiheitsverständnis hat mehrere Dimensionen: Die Verteidigung der politischen Freiheit erfordert die Abwehr willkürlicher, reaktionärer oder totalitärer Eingriffe in die Freiheitsrechte der Bürger, und darum bekennen sich die Gewerkschaften gerade in diesem Land so nachdrücklich zur parlamentarischen Demokratie und zum Mehrparteiensystem. Und darum kündigen wir unseren entschiedenen Widerstand gegen alle Bestrebungen an, die unsere Grundrechte einschränken wollen und berufen uns ausdrücklich auf das Widerstandsrecht der Verfassung. Zur Verwirklichung von gesellschaftlicher Freiheit bedarf es außerdem der Befreiung der Menschen von vermeidbaren wirtschaftlichen Abhängigkeiten und ungerechtfertigten gesellschaftlichen Zwängen - wie wir das auch in unserer neuen Präambel sagen. Die Unsicherheit der Arbeitsplätze, die Ungerechtigkeit der Bildungschancen und die Abhängigkeit von Wirtschaftsmacht sind keineswegs überwunden. Unser Freiheitsbegriff verlangt die Demokratisierung aller Lebensbereiche, und nach diesem Verständnis hat der soziale Rechtsstaat den ständigen Auftrag, nicht die Vorrechte weniger zu schützen und die bestehenden Machtverhältnisse zu bewahren, sondern durch soziale und gesellschaftliche Reformen die Voraussetzung für die Entfaltung der Grundrechte aller Menschen zu schaffen. Und nur die Verwirklichung persönlicher Freiheit bedeutet schließlich, die Gesellschaft so zu gestalten, daß allen Menschen die Möglichkeit eröffnet wird, ihre Fähigkeiten zu entwickeln und ihre Neigungen zu haben und ihnen auch zu folgen. Wir wollen nicht

die Freiheit der wenigen, die sich auf Eigentum und Besitz stützen oder eine bessere Bildung genossen haben. Wir wollen Freiheit zur Selbstverwirklichung für alle. Freiheit und Selbstbestimmung schließen daher das Recht auf bestmögliche Bildung und menschenwürdige Arbeit ein.

*Gleichberechtigung* ist dazu eine notwendige Voraussetzung, sie allein reicht aber nicht aus, um allen Menschen — unabhängig von ihrer sozialen Herkunft — Chancengleichheit zu geben. Es geht darum, die offenkundigen Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft abzubauen — ohne damit Gleichmacherei zu betreiben, was uns Konservative aller Schattierungen immer wieder zu Unrecht vorwerfen. Wenn die Natur den Menschen ungleich ausstattet, so muß es doch unsere Aufgabe als vernunftbegabte und soziale Wesen sein, Unterschiede so weit auszugleichen, daß naturbedingte Ungleichheiten nicht lebenslange Benachteiligungen zur Folge haben. Das Verhalten der Graugänse, das Gesetz des Dschungels: Das sind keine Muster für eine menschenwürdige Gesellschaft. Darum heißt das Lernziel unserer Gesellschaft immer noch: *Solidarität!* Wir verstehen sie nicht als Corpsgeist und Kumpanei, und wir sehen sie nicht verwirklicht durch gnädige Almosen einer selbstzufriedenen Mildtätigkeit. Nein, Solidarität ist das unentbehrliche Kampfmittel und der eigentliche Beitrag der Arbeiterbewegung zur moralischen und politischen Grundlegung der Gesellschaft. Solidarität war, ist und bleibt die Grundlage der Gewerkschaftsbewegung. Die Arbeitnehmer können ihre wirtschaftlichen, sozialen und gesellschaftlichen Interessen gegenüber der Macht und dem Einfluß, die die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel und Arbeitsplätze verleiht, nur dann wirksam zur Geltung bringen, wenn sie sich zusammenschließen. Starke Gewerkschaften sind daher für die Arbeitnehmer der einzig sichere Verlaß, um Freiheitsrechte zu erringen, sie zu bewahren und sie auszubauen. Das Lernziel Solidarität gilt allerdings auch für unsere Organisation selbst; Solidaritätsaktionen können nicht so einfach abgerufen werden. Das Einstehen aller für einen, auf das wir uns alle verlassen können, erfordert unabdingbar, daß dieser eine die Belange aller anderen bei seinen Aktionen berücksichtigt. Solidarität ist eben keine Einbahnstraße. Sie muß durch ein freimütiges Geben und Nehmen immer wieder erneuert werden!

Solidarität ist aber auch die grundlegende Idee des sozialen Rechtsstaates. Wohlstand und soziale Sicherheit können nur durch die gemeinsame Verantwortung aller Bürger — nicht nur der Arbeitnehmer - erreicht werden. Wenn man die Diskussion der letzten Jahre über das Niveau unserer Sozialleistungen bewerten will, dann muß man bitter sagen: Das Lernziel Solidarität muß bei vielen von denen ganz groß geschrieben werden, die hohe Einkommen beziehen, zufriedenstellende Arbeit und angenehme Wohnungen haben. Sie beklagen ja immer als erste, daß es ihnen nicht zuzumuten ist, mehr Steuern zu zahlen und höhere soziale Beiträge zu leisten, um für die Schwächeren in unserer Gesellschaft solidarisch einzustehen. Und: Das Lernziel Solidarität gilt auch für unser ganzes Land. Armut, Hunger und Elend in der Dritten und Vierten Welt können nur überwunden werden, wenn wir

mit den Menschen und Völkern, die jahrhundertlang geschunden und ausgebeutet wurden, solidarisch zusammenarbeiten.

Wenn dieses Verständnis der Grundwerte, die wir seit mehr als hundert Jahren auf unsere Fahnen geschrieben haben, nicht verbogen und verfälscht werden soll, dann müssen wir es im Bewußtsein nicht nur unserer Mitglieder, sondern der ganzen Bevölkerung fest verankern und lebendig halten. Wir müssen danach trachten, daß diese Prinzipien Maßstab unserer eigenen täglichen Arbeit bleiben und für die anderen schließlich den Schlüssel, zum Verständnis unseres gewerkschaftlichen Handelns werden:

- Die Einkommensstrukturen zu entzerren, die Ausbildung junger Menschen zu verbessern - das fördert *Gleichberechtigung* heute!
- Eine gleichmäßige Verteilung der Lasten für die soziale Sicherheit, gezielte und durchgreifende Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit - das heißt praktizierte *Solidarität* heute!
- Mehr Demokratie, mehr Mitbestimmung, mehr Humanisierung der Arbeit - das bedeutet einen Zuwachs an erlebbarer *Freiheit* heute!

### III.

Unsere Verfassung, das Grundgesetz, garantiert die Würde des Menschen, die Grundrechte, Demokratie, Sozial- und Rechtsstaat. Unser unermüdlicher Kampf um die politische und soziale Gleichberechtigung der arbeitenden Menschen — so sagen wir in der Präambel - hatte Erfolg: Grundsätzliche Forderungen der Gewerkschaften haben als Grundrechte Eingang in die demokratischen Verfassungen gefunden und werden von der Öffentlichkeit anerkannt. Wenn wir sie in unserem Programm so ausführlich zitieren und aus der Sicht der Gewerkschaften deuten, dann deswegen, weil diese Grundrechte insbesondere in Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten unter den Druck der Arbeitgeber und ihrer Verbündeten in den Parlamenten und Regierungen, aber auch von Gelehrten geraten. Die Arbeitgeber und ihre Verbände haben jahrelang der Öffentlichkeit weiszumachen versucht, wir befänden uns auf einem Marsch in den Gewerkschaftsstaat. Damit wollten sie nicht nur uns, damit wollten sie die Reformpolitik insgesamt treffen. Mit dem Tabukatalog, der ja laufend erweitert wird, wollen sie unsere Ziele und Forderungen in die Schranken verweisen, und mit ihren Verfassungsbeschwerden wollen sie uns ins Abseits stellen. Auch wenn es die Arbeitgeber gerne so hätten: Das Grundgesetz ist und wird kein Unternehmerstatut! Das sage ich auch an die Adresse der sozialliberalen Bundesregierung, in der sich ja der liberale Koalitionspartner so gebärdet, als habe er nicht nur einen Wahlerfolg erzielt, sondern mit seiner buntscheckigen Klientel geradezu die Mehrheit der Bevölkerung gewonnen.

Wir haben auch erlebt, daß grundlegende politische Entscheidungen, die alle Stationen der parlamentarischen Willensbildung durchlaufen haben, von höchsten

Gerichten wieder kassiert werden. Diese Richter schöpfen ihre Entscheidungen angeblich aus dem Geist des Grundgesetzes - in Wirklichkeit wohl eher aus der Tiefe ihres Gemüts. Wir wehren uns dagegen, daß die Auslegung der Grundrechte nach wie vor eine Domäne konservativer Verfassungsinterpreten ist. Die Grundrechte sind ja zuallererst Schutzrechte für die arbeitenden Menschen, für die Schwachen, die Benachteiligten, die Unterprivilegierten in unserer Gesellschaft. Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften stellen keineswegs nur Forderungen an den Staat. Wir gestalten ja diesen Staat mit. Der Sozialstaat von heute ist doch nicht das Verdienst des Fürsten Bismarck. Sein Verständnis von sozialer Vor- und Fürsorge war autoritär und einige liberale Exemplare dieser Art machen es einem leicht, diese Aussage zu aktualisieren. Wir jedoch stehen in unserer eigenen, autonomen Tradition kollektiver Selbsthilfe. Die Arbeitersekretariate, die Hilfs- und Unterstützungskassen der Gewerkschaften, die gestaltende Kraft der Tarifverträge — das sind wesentliche Bausteine im Gebäude des demokratischen und des gewerkschaftlichen Verständnisses vom Sozialstaat. Gibt es denn überhaupt eine sozialstaatliche Leistung, die heute als selbstverständlich angesehen wird, die wir nicht gegen den Widerstand von Unternehmern und Staat erkämpfen mußten? Die deutschen Gewerkschaften sind von Anbeginn weder Tarifmaschinen noch Umstürzler gewesen. Wir haben unsere Gestaltungsfunktion, die Schutzaufgabe, immer genauso ernst genommen wie die Rolle als Gegenmacht. Das läßt sich doch nicht voneinander trennen!

Die Arbeitgeber bestreiten diesen gesellschaftlichen Auftrag und den politischen Anspruch der Gewerkschaften allein schon deswegen, weil sie bei unveränderten gesellschaftlichen Bedingungen um ihren wirtschaftlichen und politischen Einfluß nicht zu fürchten brauchen. Darin liegt ja das eigentliche Ungleichgewicht in unserer Gesellschaft: Die Gewerkschaften müssen auf gesellschaftliche Veränderungen drängen und können daher leicht als Unruhestifter dargestellt werden. Die Arbeitgeberverbände können sich darauf beschränken, ihren vielfältigen wirtschaftlichen und politischen Einfluß zu nutzen, um solche Veränderungen zu verhindern, ja, um Erreichtes rückgängig zu machen. Das ist bei der sozialen Sicherung so, das ist bei der Reform der beruflichen Bildung so und das ist bei der Sicherung der Mitbestimmung so. Alles unter der Parole: „Keine Experimente“ - und daher die immer wieder neue Drohung mit einem Verbändegesetz. Ginge es dabei um die demokratische Gestaltung der internen Willensbildung, dann müßten die Arbeitgeber ein solches Gesetz fürchten. Nicht wir - unsere demokratische Struktur steht außer Frage.

Beim Verbändegesetz geht es in Wirklichkeit darum, die Ziele, das Handeln der Gewerkschaften an eine Gemeinwohlverpflichtung zu binden, die dann rechtlich letztlich von der Rechtsprechung definiert wird. Darin liegt die Gefahr - nicht darin, daß sich die Gewerkschaften mit all ihrem Handeln dem Gesamtwohl verpflichtet fühlen und dies auch bekennen. Entscheidend ist doch, daß das Gesamt-

wohl - das Wohl, das nicht einzelnen oder einzelnen Gruppen, sondern allen, der Gesamtheit unserer Gesellschaft zugute kommt - daß das Gesamtwohl der politischen Bewertung und Gestaltung, ja sogar der politischen Auseinandersetzung unterliegt. Darum müssen wir in einer demokratischen Gesellschaft unseren eigenen Beitrag zum Gesamtwohl selbst bestimmen können. Einige Kommentatoren bemängeln, wir würden uns nicht dem „Wohl der Bürger“ unterordnen. Da sieht man die Ohren der Katze aus dem Sack gucken: Es gibt also ein „Bürgerwohl“, das zum Wohl der Arbeitnehmer offenbar noch übergeordnet ist. Wir fordern diese Kommentatoren auf, die Katze ganz aus dem Sack zu lassen und uns dieses übergeordnete Wohl in seinem ganzen Umfang einmal vorzustellen! Ich bezweifle, daß z.B. diese Auffassung vor den päpstlichen Sozialzyklen Bestand hat. Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung! Im ersten Satz unseres Grundsatzprogrammes sagen wir unmißverständlich: „Durchdrungen von der Verantwortung gegenüber ihren Mitgliedern und dem ganzen Volk, bekennen sich der Deutsche Gewerkschaftsbund und seine Gewerkschaften zu den unveräußerlichen Rechten der Menschen auf Freiheit und Selbstbestimmung.“ Dies haben wir in den vergangenen 30 Jahren immer wieder bewiesen! Die Gesamtwohl-Definition von Erzfeinden der Gewerkschaften werden wir uns nicht aufdrücken lassen!

Wir haben fast 8 Millionen freiwillige Mitglieder und beanspruchen als großer demokratischer Verband, die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung zu vertreten. Das heißt nicht, daß wir die politischen Parteien ersetzen wollen oder deren Funktion im parlamentarischen Willensbildungsprozeß übernehmen können. Die demokratischen Parteien, Parlamente und Regierungen werden aus ihrer Verantwortung für die Gestaltung von Staat und Gesellschaft nicht entlassen. Allerdings, die Parteienlandschaft hat sich gewandelt. Die großen Parteien müssen als Volksparteien darauf bedacht sein, unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen zu integrieren. Das kann nicht ohne Folgen für die Programmatik und Politik bleiben. Wir kritisieren das nicht, aber wir müssen daraus unsere Konsequenzen ziehen können, das heißt: Indem wir Arbeitnehmerinteressen vertreten, geraten wir zwangsläufig in Distanz zu den Parteien, die mit einem umfassenderen Anspruch auftreten. In dieser Entwicklung liegt ein wesentlicher Grund dafür, daß die Einheitsgewerkschaft ein Grundsatzprogramm braucht.

#### IV.

Die Richtungsgewerkschaften der Zeit vor 1933 stützten sich programmatisch auf ihre Mutterparteien. Das Grundsatzprogramm aber ist auf dem Boden der *Einheitsgewerkschaft* gewachsen. Mit der Gründung des deutschen Gewerkschaftsbundes wurden drei Organisationsprinzipien verwirklicht, die sich bewährt haben und die Stärke der deutschen Gewerkschaften begründen. Ich rufe sie in Erinnerung:

- Einmal:  
Die Einheitsgewerkschaft faßt Arbeitnehmer eines Wirtschafts- und Verwaltungszweiges nach dem Prinzip: „Ein Betrieb — eine Gewerkschaft“ zusammen. Dabei ist es gleichgültig, welchen Beruf sie erlernt haben oder ausüben. Sie hat das so lange geforderte, aber so lange unerreichte „Industrieverbandsprinzip“ weitgehend verwirklicht. Das unfruchtbare Nebeneinander zahlreicher verschiedener Organisationen, wie wir es auch aus anderen Ländern, aber auch aus unserer eigenen Vergangenheit kennen, ist damit beendet.
  
- Und zum anderen:  
Die Einheitsgewerkschaft faßt Arbeiter, Angestellte und Beamte zusammen. Sie hat damit die Vielzahl der „Standesorganisationen“, die bis 1933 das gewerkschaftliche Erscheinungsbild prägten, weitgehend beseitigt.
  
- Und schließlich:  
In der Einheitsgewerkschaft haben sich Arbeitnehmer unterschiedlicher Religion, Weltanschauung und politischer Überzeugung zusammengeschlossen. Dies ist entscheidend: Damit ist die verhängnisvolle Spaltung in „Richtungsgewerkschaften“ unterschiedlicher parteipolitischer Anbindung überwunden worden.

Das, was ich hier in kurzen Worten zusammenfasse, war in Wirklichkeit ein langwieriger, ein schmerzhafter Prozeß, an dessen Weg auch Starrheiten und Sturheiten, Interessen und Intrigen liegen. Er hat Menschenleben gekostet. Wir stehen in der Schuld derer, die für die gewerkschaftliche Idee in Widerstand oder Emigration ihr Leben gelassen haben - seien es bekannte Politiker oder einfache Arbeitnehmer, seien sie Christen, Sozialdemokraten, Kommunisten oder Parteilose gewesen. Ihnen und denen, die das nationalsozialistische Terrorregime überlebt haben und sich dann tatkräftig an den Ausbau der Einheitsgewerkschaft machten, haben wir viel zu verdanken. Wir bekennen uns zu den historischen und politischen Wurzeln der Einheitsgewerkschaft. Heute ist es notwendiger denn je, daß wir uns darauf zurückbesinnen. Der Wille zur gewerkschaftlichen Einheit war schon früh lebendig. So sagte denn August Bebel, der damalige Vorsitzende der SPD bereits im Jahre 1900: „Die Frage müssen sich die Mitglieder der verschiedenen Gewerkschaften täglich aufs neue stellen: Warum man ihnen zumutet, sich in freien, liberalen, katholischen, protestantischen oder unternehmerfrommen Gewerkschaften zu organisieren, wohingegen die Unternehmer selbst alle diese Unterscheidungen beiseite setzen, sich als geschlossene Unternehmerorganisation gegenüber den gespaltenen Gewerkschaften zusammentun?“ Und Adam Stegerwald, langjähriger Vorsitzender der christlichen Gewerkschaften und Mitbegründer der CSU, meinte wenige Jahre später: „Solange die Kirchenfürsten den Unternehmern nicht verbieten, sich mit Andersgläubigen zusammenzuschließen, solange hat kein Papst und kein Bischof das Recht, den Arbeitnehmern vorzuschreiben, wie sie sich gewerkschaftlich zu organisieren haben.“

In der Diskussion, die dem Kongreß vorausging, war besonders jener Satz umstritten, der die in der Einheitsgewerkschaft zusammengeführten Richtungen bezeichnete. Um es vorwegzunehmen: Ich bin fest davon überzeugt, daß die von der Antragskommission empfohlene Fassung nicht nur historisch korrekt, sondern auch programmatisch angemessen ist. Ich will das begründen: Einige Diskussionsbeiträge zu diesem Satz, einige Anträge laufen darauf hinaus, einen Anteil der Kommunisten am Zustandekommen der Einheitsgewerkschaft - wie auch immer - sichtbar zu machen. Ich sage dazu mit aller Klarheit: Kommunisten bestreiten den Gewerkschaften sei jeher die Autonomie. Sie dulden die Gewerkschaften letztlich nur am Gängelband - neuerdings vielleicht sogar an der langen Leine - der Partei. Genau dies bekämpfen die polnischen Arbeitnehmer. Freie und demokratische Gewerkschaften können mit dem Führungsanspruch einer sich als Vorhut verstehenden Partei nicht leben. Wir bestimmen uns, wir bestimmen unsere Ziele selbst. Wir arbeiten mit den Parteien zusammen, die das respektieren, die bereit und in der Lage sind, unsere Forderungen auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie durchzusetzen. Eine Diktatur, und sei es die des Proletariats, lehnen wir ab!

Wir haben nichts dagegen, wenn sich Parteien Arbeiterparteien nennen. Über diesen Anspruch entscheiden letztlich die Wähler. Wir haben etwas dagegen, wenn Parteien oder Gruppen - mangels Massen - versuchen, über die Gewerkschaften das Schwungrad eines von ihnen vorausgesagten revolutionären Prozesses in Gang zu bringen. Wir haben aus der Geschichte auch gelernt, daß sich die kommunistische Gewerkschaftsstrategie nicht mit dem Hinweis auf den einsatzfreudigen Kollegen aus dem Betrieb erledigt. Die Kommunisten blieben abseits, als am Ende der Weimarer Republik die Gespräche über die Vereinigung der Gewerkschaften begannen. Sie erfanden den Popanz der „sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie“, um die freien Gewerkschaften zu bekämpfen. Das war eine Linie, von der sie erst zwei Jahre nach Hitlers Machtergreifung wieder abgingen. Sollen wir uns darauf bei der Begründung einer Einheitsgewerkschaft berufen? Sollen wir uns auf eine Richtung berufen, die nach dem Zweiten Weltkrieg in der damaligen sowjetischen besetzten Zone und in Berlin die Gewerkschaften vor den Karren einer zwangsvereinigten Partei gespannt hat? Jakob Kaiser, der aus den christlichen Gewerkschaften kam und zusammen mit Wilhelm Leuschner im Widerstand gearbeitet hatte, fühlte sich 1948 gezwungen zu sagen: „Die ehemaligen christlichen Gewerkschaften können nie einer gewerkschaftlichen Gesamtbewegung für Deutschland angehören, die durch ihre Führung kommunistischen Zielen verpflichtet werden kann.“ Jakob Kaiser und der ehemalige Hirsch-Dunckersche Gewerkschafter Ernst Lemmer hatten sich in Berlin redlich bemüht, am Aufbau der Einheitsgewerkschaft mitzuwirken und es ist lehrreich, einmal nachzulesen, wie es ihnen ergangen ist, wie sie sich der Indienstnahme ihrer Organisation durch die SED widersetzen mußten. Nach ihren Mißerfolgen in den Westzonen Deutschlands versuchte die KPD zum Beispiel, die IG Bergbau und die IG Bau-Steine-Erden gegen

den Willen ihrer Mitglieder umzukrempeln, und ich meine, Geschichte und Erfahrung verbieten es uns, eine Richtung zu den Grundlagen der Einheitsgewerkschaft zu zählen, die ein so gebrochenes Verhältnis zur freien Gewerkschaftsbewegung hat.

Es war mir ein Bedürfnis, diese Tatbestände einmal klar, deutlich und ausführlich darzustellen. Aber wenn wir so Flagge zeigen, schlagen wir uns noch lange nicht auf die Seite derer, die Amok laufen gegen eine angebliche „kommunistische Unterwanderung“. Verunglimpfungen dieser Art machen eine notwendige innergewerkschaftliche Diskussion und Klärung kaputt und ich wiederhole: Wir wissen um die Praxis kommunistischer Gewerkschaftsstrategie und ihre Absichten. Darüber müssen wir unsere Mitglieder informieren, dagegen müssen wir uns wappnen, da sind Leichtfertigkeit und Naivität fehl am Platz. Das alles aber müssen wir in eigener Verantwortung durchstehen. Das können wir nicht Randgruppen oder Eiferer überlassen. Unsere Einheit lassen wir uns weder zerreden noch zersetzen.

Die Schaffung der Einheitsgewerkschaft ist nicht nur eine historische Leistung von Rang, sie wird auch für die Zukunft entscheidende Bedeutung behalten. Sie muß gegen jeden Angriff verteidigt werden. Im vergangenen Wahlkampf hat sich ja erneut gezeigt, daß es einige Politiker und Unternehmer in unserem Land gibt, denen die einheitliche Interessenvertretung der Angestellten, Arbeiter und Beamten ein Dorn im Auge ist. Diesen Strauß haben wir ausgefochten und wir werden es wieder tun! Auch und gerade, wenn ein gleichgerichteter Bedarf im liberalen Lager — also bei der FDP — entsteht, der auch so artikuliert wird, wenn ich die Welt der Arbeit richtig gelesen habe. Selbstverständlich: Ein in Berufe, politische Richtungen oder sonstige Gruppierungen ausgefasertes Gewerkschaftssystem bietet vielfältige Möglichkeiten, die Arbeitnehmer gegeneinander auszuspielen. Dafür sind Krisenzeiten besonders gut geeignet — das wissen wir sehr wohl. Dagegen setzen wir die Bewährung in der täglichen Gewerkschaftsarbeit. Einheitsgewerkschaft, Tarifautonomie und Mitbestimmung — das ist unser Beitrag zur politischen Kultur dieses Landes. Er bedeutet: *Vielfalt nach innen, Geschlossenheit nach außen.*

Der Zusammenhalt der Gewerkschaften läßt sich nur mit dem Gebot und der Verpflichtung zur religiösen, weltanschaulichen und politischen Toleranz verwirklichen. Wir dachten, dies verstehe sich von selbst. Wie es sich ja auch von selbst versteht, daß wir nicht tolerant sind gegen Rassismus, Religionshetze, Gewalt, politischen und wirtschaftlichen Machtmißbrauch. Innergewerkschaftlich bedeutet dies: Achtung vor Minderheitsdispositionen, aber Respektierung der Mehrheitsentscheidungen, Auseinandersetzung über den richtigen Weg — aber dies auf der Grundlage unserer Grundwerte. Diese sind so formuliert, daß sich niemand, der Gewerkschafter sein will, ausgeschlossen zu fühlen braucht - außer denen, die nicht bereit sind, diese Grundwerte in Theorie und Praxis anzuerkennen.

## V.

Wir brauchen eine starke, einheitliche Vertretung der Arbeitnehmer, wenn wir den Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft gewachsen sein wollen. Ich nenne den Kampf um das Recht auf Arbeit, und ich nenne den Kampf um die Mitbestimmung, und ich nenne den Kampf um menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen, um soziale Sicherheit. Ich spreche ganz bewußt von Kampf. Denn seit die Gewerkschaften angetreten sind, hat sich bis auf den heutigen Tag eins nicht geändert: Die besseren Argumente oder die Moral für sich zu haben, zählt zunächst gar nichts. Die Unternehmer haben den 12-Stunden-Tag genauso zäh und verbissen verteidigt, wie sie uns heute die 35-Stunden-Woche verweigern. Was zählt, ist die Kraft der Organisation; was zählt, ist die Opferbereitschaft der organisierten Arbeitnehmer, sonst nichts.

Wir können nicht hinnehmen, daß sich diese Gesellschaft 1,4 Millionen Arbeitslose leistet, und wir können nicht hinnehmen, daß wir uns in Nordrhein-Westfalen Arbeitslosenzahlen nähern, wie wir sie vor 25 Jahren hatten. Ich frage: Waren denn diese 25 Jahre umsonst? War unser Einsatz für ein neues Wert- und Zielsystem in der Wirtschaftspolitik vergebens? Unsere Forderung an alle Verantwortlichen, die *Vollbeschäftigung* wiederherzustellen, geben wir nicht auf. Ich will es also deutlich ausdrücken:

- Arbeitslosigkeit ist nicht eine soziale Fehlentwicklung unter anderen.
- Arbeitslosigkeit setzt das Selbstwertgefühl herab; derer, die arbeitslos sind, und derer, denen Arbeitslosigkeit droht.
- Arbeitslosigkeit führt zu einem Verlust an sozialen Kontakten, zu sozialem Abstieg, zum seelischen und auch körperlichen Leiden.
- Arbeitslosigkeit macht krank - nicht nur den einzelnen, sondern letztlich auch unsere Gesellschaft.

Wer diesen Sprengstoff nicht sieht, der sich hier ansammelt, dem werden eines Tages die Brocken um die Ohren fliegen. Noch gehen die Arbeitslosen ja nicht auf die Straße. Noch verstecken sie sich eher. Aber wenn sie es tun - und sie haben es in der jüngeren Geschichte schon einmal getan - dann heißt dies: Ende offen! Dann hilft es auch nicht mehr, die Statistiken zu manipulieren. Dann hilft auch nicht mehr, von Drückebergern und Arbeitsscheuen zu reden. Dann hat es nämlich ein Ende mit diesem böartigen Zynismus! Unsere Vorschläge und Konzepte zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit liegen seit Jahren auf dem Tisch. Schon einmal - am Ende der Weimarer Republik - ist ein gewerkschaftliches Arbeitsbeschaffungsprogramm nicht ernst genommen worden und dem Reißwolf einer phantasielosen und unbeweglichen staatlichen Sparpolitik zum Opfer gefallen. Das besiegelte dann das Schicksal der Weimarer Republik. Wenn die untauglichen - und ich sage: asozialen - Konzepte heute wieder weltweit aus der wirtschaftspolitischen Mottenkiste der Professoren wie Hayek und Friedman gekramt werden, dann macht uns das betroffen. Wir fordern die Bundesregierung auf, dem wirtschaftspolitischen Kurs à la Reagan und

Thatcher mit seinen verheerenden sozialen Konsequenzen nicht zu folgen! Solche „Reinigungskrisen“ bringen nur Leid und Elend hervor. Das ist Baustoff für Barrikaden. Dazu sage ich: Nicht noch einmal und nicht mit uns!

Wer nicht nur Mut zur Zukunft hat, sondern sie auch meistern will, der muß die Arbeitnehmer gewinnen. Wir haben es ja bis zur Unerträglichkeit erfahren müssen, wo die Arbeitnehmer bleiben, wenn sie bei Entscheidungen, die ihr Schicksal betreffen, nicht mitbestimmen können. Wir haben die *Montanmitbestimmung* erkämpft, wir haben sie gegen alle Angriffe verteidigt und erleben nun, wie sie nach und nach ausgehöhlt wird. Da zeigt sich in aller Deutlichkeit, daß es nicht ausreicht, das Bestehende nur zu verteidigen. Wir müssen die Mitbestimmung auf allen Ebenen wieder als Prinzip offensiv vertreten. Wir müssen deutlich machen, daß unsere Forderung nach Mitbestimmung nichts anderes ist als eine Verbreiterung der Grundlage unserer Demokratie. Wer die Mitbestimmung zerstört, zerstört eine wichtige Zukunftsperspektive der deutschen Arbeiterbewegung. Er zerstört die Hoffnung auf eine faire Austragung von Konflikten, auf einen neuen Stellenwert der Arbeit in Wirtschaft und Gesellschaft.

Wir haben gestern im Bundesausschuß dies mit einer Entschliebung nachdrücklich bekräftigt. Wir haben gesagt:

„Die Gewerkschaften kämpfen um, die Ausweitung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Damit wollen sie eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft weiterentwickeln, die die Arbeitnehmer an den wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen gleichberechtigt beteiligt. Die Mitbestimmung ist ein wesentliches Mittel zur Kontrolle wirtschaftlicher Macht. Sie soll ein Höchstmaß an Selbstbestimmung der Arbeitnehmer verwirklichen. Ziel bleibt die umfassende Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Die Mitbestimmung muß auf allen Ebenen durchgesetzt werden, auf denen wirtschaftliche und soziale Entscheidungen getroffen werden, die die Interessen der Arbeitnehmer berühren.

Der DGB fordert die Ausweitung der Mitbestimmung am Arbeitsplatz und im Betrieb durch gewerkschaftliche Vertrauensleute, Betriebsräte und Personalräte. Die Mitbestimmung nach dem Vorbild der Montanindustrie ist auf alle großen Unternehmen und Konzerne in der deutschen Wirtschaft auszudehnen. Eine gesamtwirtschaftliche Mitbestimmung soll die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber den Parlamenten, Regierungen und Selbstverwaltungen zur Geltung bringen, ohne deren gesetzlichen Auftrag einzuschränken.

Der DGB erinnert daran, daß er das Mitbestimmungsgesetz von 1976, das den Forderungen der Gewerkschaften bei weitem nicht entspricht, nur deshalb loyal praktiziert hat, weil es den Bestand der Montanmitbestimmung nicht angetastet hat. Der DGB wird auch weiterhin alle Versuche bekämpfen, die Montanmitbestimmung, die seit 30 Jahren erfolgreich angewendet wird, zu beeinträchtigen oder zu beseitigen.

Der Bundesausschuß fordert eine dauerhafte und umfassende Sicherung der Montanmitbestimmung. Der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Montanmitbestimmungsgesetze wird abgelehnt, weil er dieser Forderung nicht gerecht wird. Eine zeitlich befristete und unzureichende Sicherung der Montanmitbestimmung rechtfertigt es nicht, durch eine Neuordnung des Verfahrens zur Bestellung der außerbetrieblichen Arbeitnehmervertreter den Einfluß und die Verantwortung der Gewerkschaften unverhältnismäßig einzuschränken. Damit wird das Modell der Montanmitbestimmung für die zukünftige Mitbestimmungsgesetzgebung in einem wesentlichen Bestandteil zerstört. Der DGB weist darauf hin, daß die wirtschaftlichen und sozialen Erfolge, die unter der Geltung der Montanmitbestimmung erzielt wurden, ohne eine wirksame Beteiligung von verantwortungsbewußten Gewerkschaften nicht möglich gewesen wären. Der von offenkundigem Mißtrauen gegen die Gewerkschaften getragene Versuch der FDP, einen Keil zwischen die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften zu treiben und die Gewerkschaften schrittweise aus der Verantwortung zu drängen, stellt die bewährte Struktur der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Bundesrepublik ernsthaft in Frage. Der Bundesausschuß appelliert an den Deutschen Bundestag, durch die Einführung einer Öffnungsklausel in die Montanmitbestimmungsgesetze die Möglichkeit zu öffnen, die Montanmitbestimmung durch Vereinbarungen von Unternehmen und Gewerkschaften dauerhaft und umfassend zu sichern."

Ich bin sicher, daß sich unser Außerordentlicher Bundeskongreß diese EntschlieÙung zu eigen macht!

Mit großer Sorge beobachten wir die Auseinandersetzungen über die friedliche Nutzung der *Kernkraft*. Es ist nicht zu leugnen, daß auch in den Gewerkschaften die Zweifel nicht ausgeräumt sind. Die Ängste der Bevölkerung müssen ernstgenommen werden, und damit meine ich sowohl die Ängste um Arbeitsplätze in der Zukunft als auch die Angst vor dieser neuen Technologie. So wenig wir bestreiten können, daß uns die gesamte Energieversorgung in den nächsten Jahren und Jahrzehnten vor schwierige politische, technische und wirtschaftliche Aufgaben stellt, so wenig ist es zu verkennen, daß für die sichere Endlagerung nach wie vor kein überzeugendes Konzept verwirklicht werden konnte.

Die Frage der Kernenergie ist eines der besten Beispiele dafür, wie langfristig, vielleicht sogar unwiderruflich, technische und politische Entscheidungen sein können. Sie ist ein Beispiel dafür, wie sehr wir mit den Entscheidungen von heute die *Lebenschancen zukünftiger Generationen* beeinflussen oder gar bestimmen. Das ist eine große Verantwortung. Desto mehr sind wir verpflichtet, die junge Generation in diese Entscheidungen einzubeziehen, worauf sie ein Recht hat. Es gibt Grund genug, zur Jugend mehr als nur ein paar Worte zu verlieren. Viele Zeichen und letztlich unsere gestrige Diskussion im Bundesausschuß deuten daraufhin, daß wir

uns gegenwärtig in einem tiefen Konflikt befinden. Große Teile der Jugend stimmen mit den Wertmustern, die ihnen die Erwachsenen anbieten, ja aufdrängen, einfach nicht mehr überein. Heute erleben wir in der Jugend neben dem lauten, mitunter gewalttätigen Protest, den man zwar ablehnen, ihm aber auf den Grund gehen muß, auch die stille Abwendung und eine grundsätzliche Verweigerung. Wir müssen diese „Nein-Danke-Haltung“ ernst nehmen. Wir fordern die Jugend auf, über Lösungen unserer Probleme gemeinsam nachzudenken, und wenn es notwendig ist, werden wir mit ihr darüber streiten. Worauf es letztlich ankommt, ist, daß wir den so gefundenen Weg dann auch gemeinsam gehen.

Soweit die Abwendung der Jugend von bisher geltenden Normen grün gefärbt ist, dürfen wir nicht nachlassen, deutlich zu sagen, daß die Entwicklung der Industriegesellschaft mehr als ein großes Problem aufgeworfen hat. Die Gewerkschaften sind nach wie vor eine Bewegung, die gegen die unsozialen Folgen der Industrialisierung und die Auswüchse des kapitalistischen Wirtschaftens ankämpft. Die ökologischen Folgen sind erst in der letzten Zeit ins allgemeine Bewußtsein getreten. Wir wehren uns dagegen, daß diese Aspekte ein und derselben Sache gegeneinander ausgespielt werden und damit das gemeinsame Ziel einer menschenwürdigen Gesellschaft wieder weiter fortgerückt wird. Denn eines steht doch fest: Es gibt nicht nur Umweltprobleme. Es gibt immer noch unzureichende Einkommen, inhumane Arbeitsplätze und menschenunwürdige Arbeitsbedingungen. Das kann auch im Grünen nicht vergessen werden!

Der Bundeskanzler hat vor kurzem festgestellt, die Jugend sei auf der Suche nach Identität.. Das stimmt sicher, weil es allgemein genug formuliert ist. Ich füge aber hinzu: Die Jugend ist nicht nur auf der Suche nach Identität, sondern auch auf der Suche nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen. Wenn Menschen, die noch nie eine Arbeitsstelle hatten, keinen beruflichen Einstieg in die Gesellschaft finden, werden sie von ihr — im doppelten Wortsinne — abgestoßen und andere, die einen Arbeitsplatz haben, haben Angst, ihn zu verlieren. Da ist die Identitätssuche schon schwierig! Wir müssen auf die Jugend zugehen und ihr zeigen, daß es einen Sinn hat, in den Gewerkschaften zu arbeiten, sich für das materielle und ideelle Wohl derer einzusetzen, die immer noch nicht so leben können, wie es die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft eigentlich erlaubt. Das erfordert von uns allen, die Verhärtungen jahrelanger Tätigkeit abzulegen und den Kern der Ideale sehen zu lassen, der in dem steckt, was wir wollen. Es erfordert aber auch, daß wir Raum geben für Phantasie, für Experimente, für eigenverantwortliche Tätigkeit, ja für Irrtümer. Die Erkenntnis des Wertes einer festgefügtten Organisation stellt sich nicht mit der Pubertät ein, sondern sie muß aus der Erfahrung gewonnen werden. Natürlich können die Gewerkschaften nicht zur Spielwiese werden, sie haben einen zu wichtigen gesellschaftlichen Auftrag. Aber wir können dem Willen Jugendlicher zu einem gesellschaftlichen Engagement doch ein sinnvolles Ziel geben.

## VI.

Die fortschrittlichsten Ziele und Programme zerrinnen, wenn wir nicht in der Lage sind, in unserem Land, in Europa, weltweit den *Frieden* zu erhalten. Zwei Weltkriege sind in diesem Jahrhundert von deutschem Boden ausgegangen. Das verpflichtet uns in besonderem Maße, für die Erhaltung des Friedens einzutreten. Die Bundesrepublik hat ihren festen Platz im Atlantischen Bündnis und leistet ihren Beitrag für die Sicherheit in Europa. Wir fühlen uns aber gleichermaßen verpflichtet, eben diese Entspannungspolitik zu unterstützen, die unseren eigenen Beitrag zum Dialog zwischen Ost und West darstellt. Nur dadurch kann die Kriegsgefahr reduziert werden, nur dadurch kann ein Rückfall in den Kalten Krieg verhindert werden. Die Weiterführung des Wettrüstens, seine Fortsetzung, birgt die Gefahr in sich, daß ein Krieg alles menschliche Leben auslöscht - nicht nur in Europa - und daher fordern wir eine ausgewogene, kontrollierte, beiderseitige Abrüstung. Jeder, der nur eine Reduzierung der Rüstungspotentiale auf einer Seite fordert, ist unehrlich und unrealistisch. Wer Pershing sagt, muß auch SS 20 sagen.

Die Gewerkschaften erwarten, daß alle Gesprächschancen zwischen den Regierungen, besonders zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR genutzt werden, um zu einer wirksamen Reduzierung der Rüstung auf beiden Seiten zu kommen. Ich verweise auf unser Grundsatzprogramm, in dem wir die Ächtung und das Verbot aller Atomwaffen und sonstiger Massenvernichtungsmittel fordern. Die einzige Aufrüstung, die die Gewerkschaften überhaupt anerkennen können, ist die soziale Aufrüstung. Sichere Arbeitsplätze, wirtschaftliche und soziale Sicherheit sind doch die besten Garanten, die besten Garantien gegen alle Feinde des Friedens und der Freiheit - hier und überall auf der Welt. Entspannung und Erhaltung des Friedens sind aber nicht teilbar. Man kann sich nicht auf Europa beschränken und den Rest der Welt sich selbst oder den Großmächten überlassen. Darum ist die andauernde Besetzung Afghanistans ein schwerer Schlag gegen die Entspannung. Weitere Belastungen dieser Art wären unerträglich.

Gerade in diesen Tagen wird in unserem Land heftig über Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte gestritten. Ich meine, daß uns die bisherige Zurückhaltung der Bundesrepublik bei Waffenexporten sehr gut zu Gesicht stand, und wir sollten daran festhalten. Für unerträglich halte ich es, die Frage der Rüstungsproduktion in Verbindung zu bringen mit der Sicherung oder Schaffung von Arbeitsplätzen. Jährlich verlieren wir mehr Arbeitsplätze durch Rationalisierung als Arbeitnehmer in der gesamten deutschen Rüstungsindustrie beschäftigt sind. Unter einer aktiven Beschäftigungspolitik verstehen wir aber eine vorausschauende Arbeitsmarkt-, Struktur- und Finanzpolitik, und nicht den Bau und Export von Panzern und U-Booten.

Da ist doch die Lieferung von Waffen in die Dritte Welt besonders widersinnig. Nicht nur, daß wir Milliarden ausgeben für Zerstörungsmittel, statt damit lebenserhaltende Werte zu schaffen. Wenn Länder, in denen Hunger und Elend herrschen,

ständig steigende Anteile ihres Staatsbudgets für Waffenkäufe aufwenden, dann fragt man sich ernsthaft nach dem Sinn dieser Art von „Entwicklungshilfe“. Mehr als 12 Millionen Kinder unter fünf Jahren verhungern jährlich in den Entwicklungsländern. Hunger und Elend erzeugen Aggressionen, und es sollte sich niemand wundern, wenn die Lieferanten von Rüstungsgütern eines Tages in die Mündungen ihrer eigenen Waffen blicken werden. Stattdessen müssen die Industrieländer ihre Aufwendungen für die Förderung der Entwicklung in der Dritten und Vierten Welt erhöhen, sie müssen dazu beitragen, den Reichtum dieser Erde zwischen Nord und Süd gerechter zu verteilen. Die Entwicklungsländer haben ein Recht darauf, ihre Ressourcen nach eigener EntschlieÙung zu nutzen und als gleichberechtigte Partner auf den internationalen Märkten aufzutreten. Sie dürfen nicht länger den Willkürpraktiken multinationaler Konzerne ausgeliefert sein.

Unser Beitrag wird aber insbesondere sein, ihnen beim Aufbau starker Gewerkschaften zu helfen. Dazu gehört in erster Linie, daß wir sie unterstützen, ihr Recht zu sichern, sich in unabhängigen Gewerkschaften zusammenzuschließen. Das gilt für die Arbeitnehmer Brasiliens genauso wie für Chile und für die schwarzen Arbeitnehmer in Südafrika. Das gilt aber auch für die Arbeitnehmer in der Türkei, denen ihre Rechte durch Militärgewalt genommen wurden. All unsere Sympathie begleitet die polnischen Arbeitnehmer beim Aufbau ihres unabhängigen Gewerkschaftsbundes „Solidarität“. Das polnische Volk hat klar bezeugt, daß es seinen eigenen Weg im osteuropäischen System finden will. Es muß allein Sache der Polen sein, ihre Gesellschaft zu gestalten. Jede Einmischung von außen — egal aus welcher Richtung — bringt nicht nur Gefahren für Polen, sondern wird Auswirkungen auf ganz Europa haben. Wir wissen aus eigener Erfahrung, wie wichtig internationale Solidarität beim Aufbau starker Gewerkschaften ist. Sie verleiht Kraft und gibt in schweren Zeiten moralischen und materiellen Halt. In dieser Gewißheit arbeiten wir mit im Internationalen Bund Freier Gewerkschaften.

## VII.

Wir stehen vor großen, vor schwierigen Aufgaben - in unserem Land, in Europa, in der Welt. Wir werden sie nur bewältigen können, wenn wir unsere Tugenden beherzigen und unsere Kräfte zusammenfassen, wenn wir geschlossen und gemeinsam unseren Beitrag zum Wohl des Ganzen in die Waagschale legen. Gehen wir an die Arbeit. Diskutieren wir freimütig und fair. Entscheiden wir uns vorbehaltlos und klar - im Bewußtsein unserer Verantwortung für die Arbeitnehmer. Laßt uns dafür sorgen, daß dieses Programm sich würdig einfügt in die große Tradition von 1949 und 1963. Tun wir unsere Pflicht im Geiste von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität — im Geist unserer Einheitsgewerkschaft.